

– ist in den Kommunen nicht mehr zu verkraften.

Seit der vergangenen Woche greifen mehrere Bundesländer zur „Selbsthilfe“, so Bremens Sozialsenator Henning Scherf. Das CDU-regierte Baden-Württemberg verkündete ebenso wie die SPD-Länder Nordrhein-Westfalen und Saarland den Aussiedlern das Ende der Großzügigkeit. Überbrückungsgelder und freiwillige Zahlungen werden gestrichen.

Als erster Landespolitiker wagte es Scherf zudem, gegen die Bonner Vorgaben bei der Anerkennung von Aussiedlern nach dem Vertriebenengesetz zu opponieren. „Nahezu ungeprüft“ sei bislang das „Zertifikat ‚Vertriebener‘“ an die Zuwanderer verteilt worden – und damit nicht nur der Status eines deutschen Staatsbürgers, sondern auch der Anspruch auf Ausgleichs- und Rentenzahlungen.

Scherf wies seine Vertriebenenbehörden letzte Woche an, Polen-Ankömmlinge, die sich auf ihr Deutschtum mit der Begründung berufen, die nationalsozialistischen Besatzer hätten ihre Großeltern einst in die „Volksliste 3“ aufgenommen, wieder heimzuschicken.

Fast die Hälfte aller Aussiedler-Anwärter, schätzen Experten, wird so in Bremen künftig durchfallen. Die Berufung auf die Masseneinbürgerung der Vorfahren durch die Nazis ist mittlerweile zum Standard-Argument der Enkel geworden, die aus Polen kommen, um deutsch zu werden (SPIEGEL 52/1989).

Bisher sehen die Verwaltungsvorschriften des Bonner Innenministeriums vor, daß Polen schon dann als Deutsche anerkannt werden, wenn sie sich auf die Herrenmenschen-Kriterien der Nazi-Volksliste 3 („Schwebendes Volkstum, eindeutschungsfähig“) berufen.

Ein Aussiedler-Experte aus dem Bundesinnenministerium versicherte erst kürzlich in einem Brief an den Vertriebenenpräsidenten Herbert Czaja, in Bonn sei „nicht bekannt“, daß die „Staatsangehörigkeitsbehörden der Länder diese grundsätzliche Haltung aufgeben hätten“. Im stillen haben jedoch die unionsregierten Länder Bayern und Baden-Württemberg mit der großzügigen Anerkennung der Volkslisten-Polen lange gebrochen.

Die Volksliste 3, so stellte Bayerns Innenminister Edmund Stoiber (CSU) kürzlich intern klar, besage gar nichts für die Entscheidung, ob Polen deutschstämmig seien. Und ausgerechnet die Aussiedler-Behörde im bayerischen Augsburg gilt unter Kennern als die strengste im ganzen Land.

Der offene Vorstoß der Bremer ist nur der Auftakt zu einem Generalangriff, den die SPD-regierten Länder Berlin, Hamburg, Saarland und Bremen verab-



Aussiedler im Lager
„Soziales System durcheinander“

redet haben. Die vier wollen in der Länder-„Arbeitsgemeinschaft Flüchtlinge“ (ArgeFlü) gegen das Bonner Aussiedlerrecht vorgehen.

Die Verwaltungspraxis, heißt es in dem Antrag für die ArgeFlü-Runde, „ist sofort wie folgt zu ändern“:

- ▷ Antragsteller, deren Eltern nach Kriegsende geboren sind, werden nicht mehr als Aussiedler angesehen;
- ▷ für Deutschstämmige in Polen und Ungarn wird kein „allgemeiner Vertriebensdruck“ mehr anerkannt.

Wenn sich die vier Länder durchsetzen, ist das Aussiedler-Recht praktisch hinfällig. Der Antrag rührt an das Dogma der Vertriebenenpolitiker, daß sich das irgendwann vor Kriegsende im reichsdeutschen Osten abgelegte „Bekenntnis zum Deutschtum“ (Fachwort) noch auf die Kindeskinde vererbe; und daß diese Enkel noch heute in ihrer Heimat unter Vertreibung zu leiden haben.

Diese Grundsätze des Vertriebenenrechts, nach Ansicht des Hamburger Staatsrechtsprofessors Helmut Rittstieg „die Fortsetzung nationalsozialistischer Volkstumspolitik“, sind eine der Ursachen für den Zustrom der Armutsfüchlinge aus dem Osten. Denn ohne die Fiktion, sie würden auch heute noch wegen des Bekenntnisses der Großeltern zum Deutschtum aus ihrer Heimat vertrieben, hätten Aussiedler hierzulande nur den kläglichen Rechtsstatus von Asylbewerbern.

Der Vorstoß der vier SPD-Länder kann nun auch bei christdemokratischen Regierungschefs mit Sympathie rechnen. Denn in den unionsregierten Ländern scheint mittlerweile der Ärger mit den Vertriebenenverbänden das geringere Übel. Bedrohlicher scheinen die fremdenfeindlichen Republikaner (Reps).

Bei der baden-württembergischen Kommunalwahl im Oktober hat Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) zu spüren bekommen, daß der Unmut über den Zuzug aus dem Osten den Reps Stimmen aus der CDU-Klientel bringt. Auch in Bayern, wo im März Kommunalwahlen bevorstehen, sieht die CSU ihre Wähler deshalb nach rechts abwandern. Schon weigern sich einzelne Gemeinden, weitere Neue aufzunehmen (siehe Kasten).

Späth hat bereits angekündigt, daß er eine Wende in der Aussiedler-Politik mittragen werde. Gesetze „mit Vertriebenencharakter“, so ließ er Ende vergangener Woche verbreiten, seien nicht aufrechtzuhalten,

„wenn es den Vertriebenencharakter nicht mehr gibt“.

Wie schnell die Union zum Einlenken bereit ist, verblüfft auch die Sozis. Der Stuttgarter Chef der SPD-Landtagsfraktion, Dieter Spöri, glaubt sogar, in Späths Erklärung Passagen aus eigenen Redemanuskripten wiedergefunden zu haben. Spöri: „Der klaut ja.“

— Gartenbau —

Impatiens walleriana

Hessens christdemokratischer Ministerpräsident Walter Wallmann hat sich jahrelang sein privates Anwesen auf Staatskosten verschönern lassen.

Bei sich zu Hause, sagt Hessens Ministerpräsident Walter Wallmann immer wieder, fühle er sich am wohlsten. Das kann er auch.

Im Nansenring 30 auf dem Lerchesberg, Frankfurts erster Wohnadresse, hat sich der Christdemokrat ein schmukkes Heim geschaffen.

Mit dem Kauf der Villa hatte Wallmann ein schönes Schnäppchen gemacht. Im Juli 1977, vier Monate nach seiner triumphalen Wahl zum Frankfurter Stadtoberhaupt, erwarb Wallmann

mit Frau Margarethe das Grundstück für 700 000 Mark, so der notarielle Kaufvertrag. Jetzt würde die Liegenschaft, die 1810 Quadratmeter mißt, nach Schätzung eines Immobilienhändlers für 2,5 Millionen Mark weggehen.

Den Wert des Anwesens hat Wallmann zusätzlich steigern lassen – auf Staatskosten. Jahrelang richteten, wie interne Akten belegen, städtische Gärtner das Anwesen her, ohne daß der CDU-Spitzenmann dafür zahlte.

Die Bediensteten bestückten die Blumenrabatte mal mit 3000 Tulpen der Sorte Triumph oder mit 500 Topfpflanzen der Art *Impatiens walleriana*, in den Farben Rot, Lachsrot, Frischrosa, Scharlachrot, Weiß und Violett. Jahr für Jahr

Stadt Frankfurt seinen Prachtgarten weiter. Mitarbeitern des Gartenamtes war nun freilich „unklar, wie die weitere Pflege“ abgewickelt werden sollte. Wallmann selbst mußte darauf achten, daß er sich nicht dem Verdacht der Veruntreuung öffentlicher Gelder aussetzte und darüber hinaus in die Korruptionsaffäre der Frankfurter Stadtverwaltung hineingezogen würde.

Denn die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen konzentrierten sich damals auf den Abteilungsleiter Alfons Weil aus dem Garten- und Friedhofsamt, der Geschenke im Wert von rund 750 000 Mark angenommen haben sollte.

Wallmann beauftragte seinen Vertrauten Jürgen Wann, seine Gartenpflege zu

Das Gartenamt erhielt daraufhin Anweisung, über Pflanzung und Pflege im Heim am Lerchesberg genau Buch zu führen. Die städtischen Bediensteten gingen davon aus, der Ministerpräsident wolle die Rechnungen aus eigener Tasche begleichen. Doch daran dachte der hessische CDU-Vorsitzende nicht.

Wegen der Gesamtrechnung bemühte Wallmann sogar sein Kabinett. Die Ministerriege beschloß Ende vorletzten Jahres, das Land Hessen werde dem Chef die Aufwendungen für seinen Privatgarten erstatten. Bewilligt und bezahlt wurden 4000 Mark im Jahr.

Doch die Schlußrechnungen der Stadt lagen weit darüber. Allein für das Jahr 1988 addierte sich ein Betrag von genau 20 020 Mark. Wallmanns Garten, so ein Schreiben des damaligen CDU-Umweltdezernenten Heinz Daum vom 26. April letzten Jahres, befände sich in einem „hochwertigen Pflegezustand“. Deshalb seien immer wieder „Sondereinsätze der Mitarbeiter des Garten- und Friedhofsamtes“ erforderlich.

Das war selbst hessischen Regierungsmitgliedern, vor allem Finanzminister Manfred Kanther, zuviel. Das Land werde zwar, teilte Staatskanzleichef Alexander Gauland der Stadt Frankfurt mit, Wallmanns offene Rechnungen über insgesamt 26 453 Mark begleichen. Gauland bat aber, die gärtnerische Betreuung „einzustellen“, und bedankte sich „im Namen des Herrn Ministerpräsidenten verbindlich“ für die Arbeiten. Um die weitere Hege von Wallmanns Blumenparadies wollte sich die Staatskanzlei, so Gauland, selbst kümmern. Das ist womöglich nicht alles.

Denn Ende 1988 hatte die Staatskanzlei, wie sich aus einem internen Schreiben ergibt, zusätzlich 30 000 Mark an die Stadt Frankfurt überwiesen: für gute städtische Geister zur Betreuung „des Wohnhauses“ des Ministerpräsidenten.



Eheleute Wallmann*: Private Bundesgartenschau

mähten städtische Arbeiter den Rasen, hackten Unkraut und lockerten den Boden.

Wallmann, der tagsüber mehrmals die Schuhe putzt und die Hemden wechselt, wollte auch seinen Garten picobello haben. Was es die Stadt insgesamt kostete, Wallmanns „private Bundesgartenschau“ (ein Gärtner) anzulegen, läßt sich nachträglich nicht mehr ermitteln. In einem Vermerk des Garten- und Friedhofsamtes heißt es, daß für die Zeit von 1977 bis 1986, als Wallmann Oberbürgermeister war, Aufzeichnungen über den Umfang der städtischen Leistungen „nicht geführt“ wurden und „die Pflege (Material- und Personalaufwand) nicht verrechnet“ wurde. Stauden und Blumenzwiebeln seien, „wie in den Vorjahren“, aus Lieferungen an die Stadt „entnommen worden“.

Auch als Wallmann im Juni 1986 Bundesumweltminister wurde, hegte die

regeln. Wann drückte beim Gartenamt nach monatelangen Verhandlungen eine Sonderregelung durch.

Dagegen meldete das Rechtsamt, so ein Behördenvermerk, wegen des „Gleichheitsgrundsatzes“ Bedenken an: Blumenfreund Wallmann sollte schließlich für die städtischen Leistungen wenigstens 260 Mark im Monat zahlen. Die tatsächlichen Kosten lagen nach Berechnungen des Gartenamtes dreimal so hoch, darin seien noch nicht einmal „Personalkosten sowie Kosten für die Gestellung von Fahrzeugen“ enthalten.

Der Vertrag, eine Lex Wallmann, galt auch rückwirkend für die Amtszeit als Bundesminister. Für die Zeit von Juli 1986 bis Juli 1987 wurde Wallmann der Betrag von 3120 Mark berechnet, den er allerdings erst überwies, nachdem ihn die Stadt gemahnt hatte. Da war er schon längst hessischer Ministerpräsident und hatte eine Dienstvilla in der Wiesbadener Rosselstraße als Residenz.

Kriminalität

Schnee im Ball

Neueste Masche im Drogengeschäft: Ein Pizzazusteller lieferte Kokain frei Haus.

Wer bei „Enzo's Pizza-Bring-Dienst“ eine „Pizza Palermo“ bestellte, bekam für zehn Mark einen warmen Teigfladen ins Haus gebracht, belegt mit geschmolzenem Käse und erhitztem Sardellenfilet.

Erheblich teurer war eine Spezialität des hannoverschen Hauses: Eingeweichte orderten „Pizza Bomba extrascharf“ oder „mit ordentlich was dran“. Eine halbe Stunde später kam die Lieferung ins Haus; nicht nur Käse, Salami und Peperoni zierten das runde Gebäck. Für

* Im Garten ihrer Frankfurter Villa.